



Niederschrift

22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 15.11.2016
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:50 Uhr
Ort, Raum: Weidenhof Grundschule, Raum117, Schilfhof 29, 14478 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	bis 21:00 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	bis 21:00 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Jan Kuppert DIE aNDERE in Vertretung für Herrn Kube

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	bis 20:11 Uhr
Herr Viktor Kalitke		
Frau Maja Kulke	DIE aNDERE	bis 19:43 Uhr
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Frau Grit Schkölziger	SPD	ab 17:40 Uhr
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	bis 20:22 Uhr

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete
Geschäftsbereich 2

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

Gäste:

Frau Rademacher	FBL Bildung und Sport
Herr Weiberlenn	BL Bildung
Herr Gessner	BL Sport
Herr Bullert	Koordinator LSH
Herr B. Richter	Werkleiter KIS
Frau Frevert	Kreislehrerrat
Frau Pichler	Stadtsportbund
Herr Prof. Dr. Lauterbach	Uni Potsdam
Herr R. Richter	AGL Planung und Steuerung
Frau Elsaßer	BL Kindertagesbetreuung, AGL Fachmanagement Kita
Frau Holtkamp	BL Verbindliche Bauleitplanung
Herr Immel	Bürgerinitiative zum Erhalt des Waldes an der Umlandstr.
Herr Dauber	Vorschlageinbringer BüHH-Vorschlag Nr. 18
Herr Peters	Vorschlageinbringer BüHH-Vorschlag Nr. 20
Frau Spickermann	SL Gesamtschule Am Schilfhof
Herr Wegner	Stellv. SL Gesamtschule Am Schilfhof

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Schule und dann? - Berufsfindung als Herausforderung für Familie, Schule und jungem Erwachsenen selbst

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III "Johanna Just" erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0484
Fraktion CDU/ANW
SBV
- 4.2 Erhalt der derzeit im Volkspark betriebenen Beachvolleyballanlage
Vorlage: 16/SVV/0644
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
- 4.3 Fortschreibung des Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas
Vorlage: 16/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4.4 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017
Vorlage: 16/SVV/0615
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA
OBR Fahrland
- 4.5 Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 2017
Vorlage: 16/SVV/0673
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
FA, JHA (ff)
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Umlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung
Vorlage: 16/SVV/0657
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, WA KIS
- 4.7 Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" - Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 16/SVV/0658
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL
- 4.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten
Vorlage: 16/SVV/0690
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
Vorlage: 16/SVV/0691
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
Vorlage: 16/SVV/0694
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)
- 5.2 Information Projekt Zukunft Luftschiffhafen
- 5.3 Schulwegsicherheit Grundschule Esplanade und Leonardo-da-Vinc-Gesamtschule
- 6 Sonstiges
- 6.1 Nächste Ausschusssitzungen
- 6.2 Berufung eines Mitgliedes gem. RL zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten
- 6.3 Bauvorhaben Gesamtschule Am Schilfhof

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind sechs stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.10.2016 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Viehrig bittet die Tagesordnungspunkte 4.1 und 5.3 bis zur Dezembersitzung 2016 zurückzustellen. Die Tagesordnung soll unter Sonstiges um folgende Punkte ergänzt werden:

- 6.2 Berufung eines Mitgliedes gem. RL zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten

– 6.3 Bauvorhaben Gesamtschule Am Schilfhof

Des Weiteren sollen die Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5, 4.6 und 4.7, sowie 5.1 und 6.3 gemeinsam behandelt werden. Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 6.3 sollen nach dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Lauterbach folgen.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

Zum TOP 3:

- Herr Prof. Dr. Lauterbach (Uni Potsdam)

Zum TOP 4.6:

- Herr Immel (Bürgerinitiative zum Erhalt des Waldes an der Umlandstr.)

Zum TOP 4.10:

- Herr Dauber (Vorschlageinbringer)

Zum TOP 4.11:

- Herr Peters (Vorschlageinbringer)

Zum TOP 6.3:

- Frau Spickermann (SL Gesamtschule Am Schilfhof)
- Herr Wegner (stellv. SL Gesamtschule Am Schilfhof)

Den Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 **Schule und dann? - Berufsfindung als Herausforderung für Familie, Schule und jungem Erwachsenen selbst**

Frau Dr. Magdowski begrüßt Herrn Prof. Dr. Lauterbach, welcher an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam tätig ist.

Herr Prof. Dr. Lauterbach führt kurz in die Thematik der Berufsfindung von Schülerinnen und Schülern (SuS) ein. Er betont, dass die Problemgruppe aus niedriggebildeten SuS und Abiturienten bestehe. Hierzu stellt er die Forschungsergebnisse zur Berufswahlkompetenz anhand einer Präsentation vor (Anlage 1).

Zunächst schildert er, dass die Anzahl der Abiturienten seit 1970 stark angestiegen sei. Noch vor wenigen Jahren sei es eher gängig gewesen, nach dem Hauptschulabschluss direkt in die Berufswelt zu starten. Jedoch gelte heutzutage das Modell der Generation Praktikum. Hierzu geht er vornehmlich auf die Unterschiede zwischen dem Zwei-Schwellen-Modell [Schulabschluss – Berufliche Erstausbildung – Erwerbseinstieg] und dem destandardisierten Mehr-Schwellen-Modell [Schulabschluss Ein-/Mehrfachausbildungen – Erwerbseinstieg – (Bildungsrückkehr)] ein. Die Berufsorientierung von Jugendlichen sei ein wesentliches Bindeglied zwischen dem Bildungs- und Beschäftigungssystem.

Dabei müssen vor allem die Anforderungen, Eignungen und Neigungen der Jugendlichen berücksichtigt werden. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen beende vorzeitig die Ausbildung, da diese nicht das Richtige gewesen sei. Es bestehe so die Gefahr von abnehmender Motivation und Frustration der Jugendlichen. Daher sei die Herausbildung einer Berufswahlkompetenz, durch Ausloten der eigenen beruflichen Interessen und Fähigkeiten sowie dem Sammeln von Informationen über die Anforderungen, Bedarfe und Möglichkeiten der verschiedenen Berufsfelder, unabdingbar. Selbstreflexion sei der Schlüssel für den Berufsfindungsprozess. Aus diesem Grund sei die Absolvierung von Praktika während der Sek. I oder Sek. II besonders hilfreich. Er spricht den Schulen hierbei eine besondere Rolle zu. Denn die Ausbildung von Berufswahlkompetenzen finde bei Jugendlichen in der Schule an.

Herr Viehrig bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Lauterbach für den sehr anschaulichen und konstruktiven Vortrag. Er schlägt vor, die Kontaktdaten an die berufsbildenden Schulen zu geben sowie die Präsentation mit dem Protokoll auszureichen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III "Johanna Just" erhöhen

Vorlage: 16/SVV/0484

Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wird bis zum 20.12.2016 **zurückgestellt**.

zu 4.2 Erhalt der derzeit im Volkspark betriebenen Beachvolleyballanlage

Vorlage: 16/SVV/0644

Fraktion CDU/ANW, SPD

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Frau Rademacher erörtert, dass es sich bei dieser Beachvolleyballanlage um eine private, wirtschaftlich betriebene Sport- und Veranstaltungsanlage handle. Eine Förderung nach der Sportfördersatzung trifft hier nicht zu. Die Fortsetzung des Betriebes an einem anderen Ort wäre wünschenswert. Die Förderung könne eine Aufgabe ggf. von der Wirtschaftsförderung sein.

Der Antrag wird **zur Abstimmung gestellt**.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, auf welche Flächen im Volkspark oder an anderer Stelle in Potsdam die derzeit im Volkspark betriebene

Beachvolleyballanlage verlagert werden kann. Dies sollte spätestens erfolgen, wenn die derzeit genutzte Fläche für die Bebauung im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld zur Verfügung stehen muss. Die Prüfung ist im Rahmen der Sport- und Wirtschaftsförderung durchzuführen mit dem Ziel für Potsdam zum einen ein beliebtes Sport- und Freizeitangebot sowie einen florierenden Wirtschaftsbetrieb zu erhalten.

Die Prüfungsergebnisse sind spätestens im ~~Januar~~ **März** 2017 im Hauptausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

Herr Keller ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Die Vorlage wird **geändert beschlossen**.

zu 4.3 Fortschreibung des Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas

Vorlage: 16/SVV/0556

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr R. Richter stellt die Fortschreibung des Gesundheitsatlas vor. Er betont, dass der Impfstatus der Kinder in Abhängigkeit von der Art der Impfung sowie den Planungs- und Sozialräumen erheblich variere. Im Hinblick auf die Sozialräume stelle sich dar, dass Kinder aus den Gebieten Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld die höchste Quote, auch im Vergleich mit dem Gesamtdurchschnitt der Landeshauptstadt hätten. Die niedrigste Impfteilnahme sei in der Brandenburger Vorstadt zu verzeichnen.

Des Weiteren informiert er darüber, dass der Fachtag zum Thema Kindergesundheit am 22. Februar 2017 stattfinde, bei dem die alten Handlungsempfehlungen mit den Ergebnissen des aktuellen Gesundheitsatlas zusammengeführt und weiterentwickelt werden, um der Planung von konkreten Maßnahmen zu dienen.

Frau Erning betont, dass die Frühförderung unabdingbar sei.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Vorlage **zur Kenntnis**.

zu 4.4 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017

Vorlage: 16/SVV/0615

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Die Vorlage wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.5, Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) behandelt.

Frau Elsaßer bringt die Vorlagen ein. Sie weist darauf hin, dass die Kita-Betreuung eine pflichtige Aufgabe sei. Hierzu müsse der gesetzliche Rahmen umgesetzt und fortgeschrieben werden. Um weiteren Bedarfen gerecht zu

werden, seien verschiedene Faktoren bei der Berechnung des Gesamtbedarfs berücksichtigt worden, wie:

- Asyl- und Flüchtlingsmigration
- Auslaufen des Betreuungsgeldes
- Auswirkungen der neuen Elternbeitragssatzung
- Kita-Einrichtungen können nicht immer zu 100 % ausgelastet werden, aufgrund von:
 - Sanierungen oder räumlichen Bedingungen
 - Konzeptionellen Besonderheiten
 - Vorhalten von Plätzen für Geschwisterkinder, etc.
- schnelleres Bevölkerungswachstum, als es derzeit prognostiziert wird
- Verschiebung der Altersstrukturen zu Lasten der Krippenplätze
- Rückstellungen vom Schulbesuch
- Anwahlverhalten der Eltern bei Grundschulen

Herr Wollenberg erkundigt sich bezüglich der integrierten Schul- und Kitabedarfsplanung, sowie zur Handhabung der starken Nachfrage des Hortangebotes von Fünft- und Sechstklässler.

Frau Elsaßer erklärt, dass die Kooperation mit dem Fachbereich Bildung und Sport sehr gut sei. Man treffe sich regelmäßig und verständige sich u.a. zu den räumlichen Bedingungen und Außenflächen der Horte. Jeder neue Hortstandort werde eingehend gemeinsam geprüft. Des Weiteren geht Sie auf die gestiegene Nachfrage der Fünft- und Sechstklässler ein. Diese müssen pro Standort betrachtet werden, um den jeweiligen Schulstandort zu entlasten.

Die Vorlagen werden jeweils zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017

1. Gemäß den Planungsquoten (siehe Anlage), unter Berücksichtigung von erstmals prognostizierten Faktoren, ergibt sich ein voraussichtlicher Gesamtbedarf von **18.964 Plätzen** in Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2016/2017 (inkl. Tagespflege und anderen Betreuungsformen) in Potsdam. Der Gesamtbedarf unterteilt sich in 4.570 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 6.886 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt und 7.508 Plätze für Kinder im Grundschulalter.
2. Gemäß der IST-Erfassung aller Einrichtungen können für das Kita-Jahr 2016/2017 insgesamt **17.286 Plätze** in der Landeshauptstadt Potsdam bereitgestellt werden. Diese unterteilen sich in 3.683 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 6.095 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt und 7.508 Plätze für Kinder im Grundschulalter. Dieses Platzangebot wird sichergestellt durch 117 Einrichtungen bei 48 freien Trägern, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi), 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, 2 Eltern-Kind-Gruppen, eine Kurzzeitkinderbetreuung sowie 80 Tagespflegepersonen analog der sozialräumlichen Aufschlüsselung im Bedarfsplan (siehe Anlage).
3. Das Plus von **1.678 Plätzen**, welches sich aus der Differenz aus den im

Punkt 1 bezifferten voraussichtlichen Bedarfen an Plätzen und den im Punkt 2 erfassten zur Verfügung stehenden Plätzen errechnet, soll die pflichtige Vorsorge treffen, um auf unvorhersehbare Bedarfe reagieren zu können.

4. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten entsprechend Punkt 1 voranzutreiben. Im Rahmen der Stadtentwicklung sind dazu geeignete Flächen für die Kindertagesbetreuung einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**
Ablehnung: **0**
Stimmhaltung: **0**

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

zu 4.5 Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 2017

Vorlage: 16/SVV/0673

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Siehe Tagesordnungspunkt 4.5.

Der Ausschuss für Bildung und Sport der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die „Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR)“ einschließlich der Anlage tritt mit Wirkung vom 01.01.2017 in Kraft.
2. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt, die Kostenstrukturen und in der Folge die Höhe von Pauschalen fortwährend, spätestens alle zwei Jahre, unter Beachtung der landesweiten Ergebnisse aus dem Kita-Zoom-Projekt und dessen Fortführung zu überprüfen. Insbesondere sind in einzelnen Kostenbereichen für die Bestimmung von Pauschalen die Aufgaben/Leistungen unter dem Gesichtspunkt von Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**
Ablehnung: **0**
Stimmhaltung: **0**

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

**zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/
Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-
Änderung**

Vorlage: 16/SVV/0657

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp stellt beide Bebauungspläne (B-Pläne) anhand einer Präsentation vor (Anlage 2). Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und der gestiegen Einpendler-Zahl der SuS, vornehmlich aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, habe dies einen großen Einfluss auf die Schulentwicklungsplanung. Dies führe dazu, dass Erweiterungen und Neubauten von 9-10 neuen Schulen, davon 4-5 für die Sek. als Gesamtschule bzw. Gymnasium nötig seien. Anschließend geht sie auf die Standortuntersuchungen einer weiterführenden Schule für den Schulstandort Waldstadt Süd am Bahnhof Rehbrücke und den Grundschulstandort Babelsberg ein.

Zum Schulstandort der weiterführenden Schule würden derzeit Verhandlungen mit dem Landesforst über den Tausch der Waldgrundstücke geführt. Der Abschluss stehe kurz bevor.

Für den Grundschulstandort in Babelsberg gäbe es drei mögliche Varianten. Hierzu sind insgesamt 20 Flächen in mehreren Prüfschritten geprüft worden:

1. Grundschulstandort an der Sandscholle mit einem neuen Sportplatz am Horstweg
2. Grundschulstandort an der Sandscholle mit einem neuen Sportplatz am Bahnhof Rehbrücke
3. Grundschulstandort in der Uhlandstraße [TOP 4.7]

Nachdem Sie die Vor- und Nachteile an den jeweiligen möglichen Standorten erörterte, erteilte Herr Viehrig dem Vertreter der Bürgerinitiative zum Erhalt des Waldes an der Uhlandstraße – Herrn Immel – das Wort.

Herr Immel verstehe den dringenden Handlungsbedarf zur Errichtung der neuen Schulstandorte, sehe jedoch die Gefahr, dass dies zu Lasten der natürlichen Biotope führe. Beim Standort Uhlandstr. betreffe dies etwa 300 bis zu 100 Jahre alte Laubbäume, überwiegend Eichen.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zu den Vor- und Nachteilen des Standortes in der Uhlandstraße.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss ein positives Votum für die beiden B-Pläne geben solle, jedoch unter den Vorbehalt der Ergebnisse aus der AG Schulentwicklungsplanung (SEP), welche am 17.11.16 stattfinde.

Herr Keller hingegen betont, dass dies ein falsches Signal geben könne. Ein Beschluss hierzu könne auch in der Januarsitzung der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden, nachdem das Ergebnis der AG SEP feststehe. Man solle sich eingehend zu den Standortvarianten für den Grundschulstandort in Babelsberg verständigen.

Herr Viehrig beendet die Diskussion und stellt beide Vorschläge zur Abstimmung.

Man einigt sich darauf, den B-Plan 152 **zurückzustellen**.

**zu 4.7 Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" -
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplanänderung**

Vorlage: 16/SVV/0658

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL

Frau Naundorf bringt den Ergänzungsantrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.

Begründung:

Der Erhalt von Wald im Stadtgebiet bildet eine wichtige Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bedeutet der Erhalt von möglichst vielen Bäumen durch die Errichtung einer "Waldschule" ein entspanntes Lernumfeld und einen Erlebnisraum, der auch der Wissensvermittlung dienen kann. Der Wald als Pausenraum! Für Anrainer bedeutet der Erhalt des Grüns Lärmschutz, Luftfilter und eine lebenswerte, schöne Umgebung.

Eine naturnahe Schule im Wald könnte richtungsweisend für zukünftige Schulprojekte und ein Vorzeigemodell für den Potsdamer Masterplan 100% Klimaschutzkommune sein.

Frau Holtkamp weist darauf hin, dass trotz aller ökologischer Bemühungen dennoch ein Großteil der Bäume gefällt werden müsse, zumindest für die drei Schulgebäude, Turnhallen, die Außensportfläche, den Schulhof, sowie für die zwei Fußballfelder. Ein Wettbewerbsverfahren sei hingegen mit dem B-Planverfahren gut vereinbar. Aus Sicht der Verwaltung gäbe es keine Einwände gegen den eingebrachten Ergänzungsantrag.

Herr Wollenberg spricht sich gegen einen Architekturwettbewerb für den Standort aus. Er verweist, dass es bereits eine Vielzahl von Architekturwettbewerben gegeben habe. Diese seien ohne die Beteiligung der Nutzer geschehen. Zumeist seien die Entwürfe für eine tatsächliche Schulnutzung zu abstrakt.

Der geänderte Ergänzungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen **Planungs- oder** Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.*

Begründung:

Der Erhalt von Wald im Stadtgebiet bildet eine wichtige Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Für

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bedeutet der Erhalt von möglichst vielen Bäumen durch die Errichtung einer "Waldschule" ein entspanntes Lernumfeld und einen Erlebnisraum, der auch der Wissensvermittlung dienen kann. Der Wald als Pausenraum! Für Anrainer bedeutet der Erhalt des Grüns Lärmschutz, Luftfilter und eine lebenswerte, schöne Umgebung.

Eine naturnahe Schule im Wald könnte richtungsweisend für zukünftige Schulprojekte und ein Vorzeigemodell für den Potsdamer Masterplan 100% Klimaschutzkommune sein.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die **neue Fassung** wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3).

Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen Planungs- oder Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.

Begründung:

Der Erhalt von Wald im Stadtgebiet bildet eine wichtige Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bedeutet der Erhalt von möglichst vielen Bäumen durch die Errichtung einer "Waldschule" ein entspanntes Lernumfeld und einen Erlebnisraum, der auch der Wissensvermittlung dienen kann. Der Wald als Pausenraum! Für Anrainer bedeutet der Erhalt des Grüns Lärmschutz, Luftfilter und eine lebenswerte, schöne Umgebung.

Eine naturnahe Schule im Wald könnte richtungsweisend für zukünftige Schulprojekte und ein Vorzeigemodell für den Potsdamer Masterplan 100% Klimaschutzkommune sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Die Vorlage wird **geändert beschlossen**.

zu 4.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Vorlage: 16/SVV/0690

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr R. Richter führt aus, dass es bereits seit 2009 einen Härtefallfond, welcher ca. 10 TEUR umfasst, gäbe. Auf diesen kann jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen zurückgegriffen werden (arm, bedürftig).

Herr Wollenberg regt an, dass geprüft werden solle, in welcher Höhe eine finanzielle Umsetzbarkeit der Fahrtkostenübernahme in Bezug auf den ÖPNV erfolgen könne. Dies solle unabhängig von der sozialen Bedürftigkeit möglich sein.

Der Bürgerhaushaltvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung **wie folgt zu prüfen:**

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt.

Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der **Prüfauftrag** wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 4.9 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung**

Vorlage: 16/SVV/0691

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Weiberlenn spricht sich gegen die im Antrag formulierte Regelung aus, die auch die Beförderung zu einem vorhandenen Angebot in der Ferienzeit im Rahmen der bestehenden Satzung sicherstellen würde. Dies wäre als freiwillige Leistung außerhalb der Schulzeit, über eine zu beschließende Satzung o.ä., zu regeln, welche von der Schülerbeförderungssatzung nach § 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes abzugrenzen wäre.

Im Ausschuss besteht Konsens, dass dieser TOP nicht in die direkte Zuständigkeit des Ausschusses fällt und nimmt die Vorlage **zur Kenntnis**.

zu 4.10 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule**
Vorlage: 16/SVV/0694

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Herr Viehrig übergibt Herrn Dauber, als Vorschlageinbringer, das Wort.

Herr Dauber schildert sehr ausführlich (Anlage 3), wie die Doppelnutzung der Biosphäre als Kiez- und Freibad möglich sei. Er geht zudem auf die nachteilige Badversorgung für den Potsdamer Norden ein. Das Hallenbad benötige nach seinen Ausführungen lediglich 1/6 der Fläche der Biosphäre. Dabei würden sich die Kosten nach seinen Schätzungen auf ca. 3 bis 5 Mio. EUR belaufen.

In der sich anschließenden Diskussion einigt man sich, die von Herrn Dauber vorgebrachten Vorschläge finanziell zu prüfen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung **wie folgt zu prüfen:**

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen.

Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der **Prüfauftrag** wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

**zu 4.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt
Vorlage: 16/SVV/0696**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung **Herr Viehrig** übergibt Herrn Peters, als Vorschlageinbringer, das Wort.

Herr Peters weist auf den sehr schlechten Zustand der Sportanlage hin, vor allem geht er dabei auf die Beleuchtung und Sanitärräume (Duschen und Umkleiden) ein. Er bittet darum, den Sportplatz ganztägig nutzbar zu machen. Dies sei gerade in den Wintermonaten, aufgrund der fehlenden Beleuchtung nicht möglich.

Herr Gessner führt aus, dass der KIS für die Pflege der Sportanlage zuständig sei. Es wisse jedoch um den Sanierungsbedarf.

Frau Dr. Magdowski erkundigt sich, ob durch Teilsanierungsmaßnahmen der Zustand schnellstmöglich behoben werden könne.

Herr Wollenberg bittet darum, dass der KIS die kleinteiligen Maßnahmen ausführen solle, welche der Niederschrift beigefügt werden sollen.

Man spricht sich zunächst für eine Teilsanierung bspw. der Beleuchtung (ca. 50 TEUR) und ggf. der Oberflächenreparatur aus.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Sportplatz zum Kahleberg ist dringend **durch Teilsanierungsmaßnahmen**, instand zu setzen (Kunstrasen, sanitäre Anlagen, Duschen), zu modernisieren und mit einer Beleuchtung zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Bürgerhaushaltvorschlag wird **geändert beschlossen**.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)

Herr B. Richter erläutert seine Präsentation (Anlage 4). Im Vorfeld macht er deutlich, dass es aufgrund der derzeitigen Antragslage zu Bauverzögerungen kommen werde, wie u.a. auch beim Humboldt-Gymnasium. Hier müsse man mit einem vierwöchigen Verzug rechnen. Die Ausschreibung für die Aufzugsanlage am Standort Goetheschule müsse wiederholt werden, da es keine Bewerbungen von Firmen auf die Ausschreibung gegeben habe. Die Übergabe der Leonardo-da-Vinci Gesamtschule werden voraussichtlich erst Anfang 2017 erfolgen können, da der Generalplaner neu beauftragt werden musste. Für die Schule wurde jedoch die Nutzung der alten Turnhalle in der Kurfürstenstraße bis zum Ende der Bauzeit in Aussicht gestellt. Am Schulstandort Gagarinstraße werde der Baubeginn des Neubaus im Januar 2017 erfolgen.

zu 5.2 Information Projekt Zukunft Luftschiffhafen

Herr Bullert erklärt seine Präsentation (Anlage 5). Er geht auf die Formulierung zum Zielbild „Sportpark Luftschiffhafen“ ein, die Herleitung des Zielbildes, die Bestimmung der Themen in den Handlungsfeldern, die letztlich Gegenstand der Stadtverordneten darstellen sollen.

Abschließend berichtet er, dass die Zielentwicklung für den Sportpark Luftschiffhafen zusammen mit Vertretern aus dem Breitensport am 16.11.16 diskutiert werde. Eine Behandlung im Beirat LSH ist für den 15.12.16 vorgesehen.

In der sich anschließenden Diskussion wird kritisiert, dass aus dem Zielbild u.a. keine klaren Abgrenzungen und Festlegung hervorgehen. Man müsse zwischen der sportlichen Effizienz (Verhältnis zwischen Leistungs- und Breitensport) und der wirtschaftlichen Effizienz differenzieren. Zudem vermischen die Mitglieder die klaren Zielvereinbarungen.

zu 5.3 Schulwegsicherheit Grundschule Esplanade und Leonardo-da-Vinc-Gesamtschule

Der Tagesordnungspunkt wird bis zum 20.12.2016 **zurückgestellt**.

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächsten Ausschusssitzungen jeweils in verschiedenen Räumlichkeiten stattfinden werden:

20.12.2016: Sportschule Potsdam Friedrich-Ludwig-Jahn (ab 17:00 Uhr Führung durch das

Schulgebäude); hierzu werden auch Vertreter des Sportes gladen

10.01.2017: keine Ausschusssitzung; geplant ist eine Führung durch den alten Landtag

(Uhrzeit und Ablauf werden rechtzeitig bekannt gegeben)

21.02.2017: gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss, Sitzungsbeginn ist bereits

16:30 Uhr, voraussichtlich im Bürgerhaus am Schlaatz

21.03.2017: Grundschule „Am Priesterweg“

Herr Viehrig bittet für die gemeinsame Sitzung am 21.02.17 Tagesordnungspunkte zu sammeln, welche am 20.12.16 zusammengefasst werden sollen.

Des Weiteren bittet er darum, weitere Vorschläge zu machen, an welchen Schulen eine Sitzung in 2017 denkbar wäre.

Frau Lange schlägt vor, auch in die Ortsteile zu gehen.

zu 6.2 Berufung eines Mitgliedes gem. RL zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten

Herr Viehrig teilt mit, dass für die Berufung eines Mitgliedes in das Gremium bisher nur ein

Vorschlag vorliege - die Teilnahme durch Frau Erning.

Dies wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **0**

Hiermit wird **Frau Erning** für das Gremium benannt.

zu 6.3 **Bauvorhaben Gesamtschule Am Schilfhof**

Herr Viehrig überlässt Frau Spickermann und Herrn Wegner zum Bauvorhaben der Gesamtschule Am Schilfhof das Wort.

Frau Spickermann erörtert kurz die Probleme, die durch das geänderten Bauvorhaben auftreten werden. Dies betreffe vor allem die Essensausgabe. Ursprünglich sei eine großzügige Wandöffnung zwischen den Räumlichkeiten im Untergeschoss geplant gewesen, welche aufgrund des schlechten Baugrundes nicht innerhalb der Bauzeit realisierbar wäre.

Herr B. Richter betont, dass für diese Umsetzung zusätzlich 200 TEUR eingeplant werden müssen, sowie mit einer deutlichen Verlängerung der Bauzeit zu rechnen wäre.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zu anderen Möglichkeiten für die Essensausgabe.

Frau Rademacher schlägt einen gemeinsamen Beratungstermin zwischen dem Fachbereich Bildung und Sport, dem KIS und der Schulleitung vor. Anschließend werde dem Ausschuss entsprechend Bericht erstattet werden.

Herr Wollenberg regt an, dass an diesem Gespräch 1-2 Vertreter des Ausschuss anwesend sein sollten. Er erklärt zudem hierzu seine Bereitschaft.

Als weiterer Vertreter für den Ausschuss meldet sich Herr Keller.